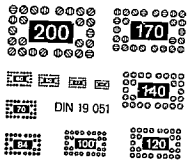

SPD-Sofortprogramm

- Wir sind bereit,
  Verantwortung für Deutschland zu übernehmen
- Wirtschaftliche Einheit, internationale Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Modernisierung
- Soziale Gerechtigkeit schaffen – inneren Frieden sichern
- Deutschlands Rolle in der Völkergemeinschaft neu bestimmen
- Solide Finanzen und gerechte Steuern

Beschlossen
auf dem Außerordentlichen Parteitag
am 16.–17. November 1992 in Bonn

SPD

C93-61

Inhalt

Seite

I. Wir sind bereit, Verantwortung für Deutschland zu übernehmen 3

II. Wirtschaftliche Einheit, internationale Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Modernisierung 4

Solidarische Politik für die neuen Länder 5
Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sichern 6
Die Wirtschaft der Bundesrepublik in ihrer Beziehung zu Europa und der Welt 7
Für eine neue Umweltpolitik 7
Für eine neue Verkehrspolitik 7
Für eine neue Energiepolitik 8

III. Soziale Gerechtigkeit schaffen — inneren Frieden sichern 9

Vorrang für Vollbeschäftigung 9
Steuerfreiheit für das Existenzminimum 9
Gleichstellungspolitik verwirklichen 9
Gegen die Ausweitung und für den Abbau ungeschützter Arbeitsverhältnisse 9
Den Familien besser helfen 10
Mit der Jugend Perspektiven entwickeln 10
Politik muß die Menschen für Demokratie, für Freiheit und Gerechtigkeit neu gewinnen ... 10
Reform der Alterssicherung — Armut im Wohlstand 10
Solidarische Pflegeversicherung einführen 11
Mehr Wohnungen bauen und Mietsteigerungen begrenzen 11
Innere Sicherheit gewährleisten 11
Flüchtlingen helfen, Zuwanderung steuern, Gemeinden entlasten 12

IV. Deutschlands Rolle in der Völkergemeinschaft neue bestimmen 13

V. Solide Finanzen und gerechte Steuern 15

Solidarität der Bürgerinnen und Bürger untereinander 15
Solidarität der Generationen untereinander 15
Solidarische Investitionsanstrengungen der Wirtschaft 16
Solidarisches Verhalten von Bund, Ländern und Gemeinden untereinander 16

Friedrich-Ebert-Stiftung Bibliothek Bonn
C93-61

I. Wir sind bereit, Verantwortung für Deutschland zu übernehmen

Es ist Zeit für eine neue Politik. Unser Land braucht einen politischen Wechsel. Aus der Freude über den Sieg der Freiheit und das Zusammenwachsen „unseres Volkes, das zusammengehört" (Willy Brandt) darf keine Resignation werden. Die Bundesregierung läßt die deutsche Einheit zum Problemfall werden, statt „aus dem unerwarteten Glücksfall der Einheit ein dauerhaftes Glück zu schmieden" (Helmut Schmidt).

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist bereit, Regierungsverantwortung für unser Land zu übernehmen. Spätestens nach der Bundestagswahl 1994 wollen wir den Bundeskanzler und die Bundesregierung stellen.

Die drängenden Probleme unseres Landes erfordern rasches Handeln. Deshalb legen wir ein „Sofortprogramm" für die Zeit bis 1994 vor, das zeigt, welche konkreten Maßnahmen eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ergreifen würde.

Die deutsche Einheit ist Herausforderung und Chance zugleich.

Die Verwirklichung der Einheit bietet die Möglichkeit, Staat und Gesellschaft zu modernisieren und eine Wende zu wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Reformen einzuleiten. Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat den Weg freigemacht, Friedenssicherung, Entwicklung des Südens und Umweltschutz mit global vereinten Kräften anzugehen. Diese Chancen sind bisher nicht genutzt worden.

In Deutschland nimmt die soziale Ungerechtigkeit zu. In den neuen Bundesländern findet eine dramatische Entindustrialisierung statt, die Massenarbeitslosigkeit steigt. Vor allem die Frauen werden zu Verliererinnen der Einheit. Viele Jugendliche sind ohne Zukunftsperspektive. In den neuen Ländern breiten sich Angst und Unsicherheit aus, in ganz Deutschland wächst das Gefühl der Überforderung. Zwischen Ost und West entsteht trotz der wiedergewonnenen Einheit neue Fremdheit.

Die Bundesregierung hat den historischen Fehler begangen, die Wahrheit über den notwendigen Zeitraum und die finanziellen Aufwendungen für die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West zu leugnen. Sie hat die Bereitschaft der Deutschen, ihren solidarischen Beitrag für die Herstellung der inneren Einheit zu leisten, nicht genutzt. Statt dessen betreibt sie unter dem Deckmantel der Einheit eine Umverteilungspolitik zu Lasten der sozial Schwächeren.

Die ideologischen Scheuklappen der Bundesregierung in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und ihre Angst, Fehler einzugestehen, machen sie unfähig, die notwendige Kurskorrektur vorzunehmen.

Wenn die dramatische Entwicklung in den neuen Ländern gestoppt und die Chancen der Einheit im Interesse aller Deutschen genutzt werden sollen, muß jetzt das Steuer herumgerissen werden.

Unser Sofortprogramm macht den Unterschied zur gegenwärtigen Bundesregierung deutlich. Es orientiert sich an folgenden Grundprinzipien:

- Politik muß den Mut zur Wahrheit haben. Die klare Benennung der Probleme ist eine Voraussetzung für ihre gemeinschaftliche Lösung. Es ist ein Gebot der Ehrlichkeit festzustellen: Die Angleichung der ökonomischen Leistungskraft und der privaten Lebensverhältnisse zwischen Ost und West wird leider länger dauern, als die Bundesregierung versprochen hat. Die deutsche Einheit erfordert auch größere finanzielle Anstrengungen, als die Bundesregierung bisher zugegeben hat.
- Wir brauchen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Nur wer dafür sorgt, daß Lasten und Chancen gerecht verteilt werden, ist in der Lage, die Spaltung unseres Landes zu überwinden. Wir wollen Deutschland zum Modell für eine gerechte Gesellschaft machen.
- Eine leistungsfähige Wirtschaft ist Grundlage des Wohlstands für ganz Deutschland. Deshalb muß die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland dauerhaft gestärkt und der Industriestandort Ostdeutschland erhalten werden. Die Wirtschaftskraft Westdeutschlands ist noch auf lange Zeit Voraussetzung für den Erfolg des Einigungsprozesses.
- Die ökologische Modernisierung ist und bleibt eine Zukunftsaufgabe ersten Ranges. Wir wollen Deutschland weltweit zum Modell für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft machen. Dabei werden wir auch die Kräfte des Marktes in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Angesichts der globalen Umweltkrise kann Umweltpolitik nicht auf den nationalen Rahmen beschränkt sein. Dennoch muß und kann Deutschland international eine ökologische Vorreiterrolle übernehmen.

— Nicht alles was wünschbar ist, ist finanzierbar. Der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand ist so eng geworden, daß brennende gesellschaftliche Probleme nicht mehr einfach durch quantitative Ausweitung der Staatsausgaben, sondern nur noch durch einen qualitativen Umbau und durch Beschränkung auf das Wesentliche gelöst werden können. Aufgrund der drastischen Steuer- und Abgabenerhöhungen der Bundesregierung ist für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen die Grenze der Belastbarkeit weitgehend erreicht. Der besorgniserregende Anstieg der Staatsverschuldung engt die Handlungsfähigkeit der Politik immer weiter ein. Deshalb müssen die erforderlichen Aufwendungen in erheblichem Maß durch Einsparungen, Kürzungen und Streckungen erbracht werden. Gesellschaftliche Reformen sind möglich, ohne die öffentlichen Haushalte zusätzlich zu belasten.

— Der soziale Friede ist eine Produktivkraft ersten Ranges. Statt die Gesellschaft durch ungerechte Politi zu spalten, muß durch ständigen Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen der soziale Konsens hergestellt werden. Wir müssen einer Atmosphäre zunehmender Gewaltbereitschaft entgegenwirken und vor allem Rechtsextremismus und rechtsradikale Gewalt mit aller Entschlossenheit bekämpfen. Dazu wollen wir die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates stärken und politische Aufklärung und Erziehung verbessern.

— Wir brauchen einen modernen, leistungsfähigen Staat, der sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentriert: Sicherung der bürgerlichen und sozialen Grundrechte, Abwehr ökologischer Gefahren, Setzung ökonomischer Rahmenbedingungen, Gewährleistung eines modernen Bildungswesens und einer leistungsfähigen Infrastruktur. Überzogene Ansprüche an den Staat müssen aufgegeben werden. Die Politik darf auch nicht den Eindruck erwecken, alle Probleme lösen zu können. Überregulierung, überflüssige Zentralisierung und bürokratische Erstarrung müssen abgebaut werden. Längst nicht alles, was heute durch staatliche Institutionen geleistet wird, kann nur durch den Staat vernünftig erledigt werden. Viele Aufgaben können ebenso gut oder besser durch die Bürgerinnen und Bürger selbst, durch gesellschaftliche Initiativen oder durch die Wirtschaft wahrgenommen werden.

— Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, daß der Staat für innere Sicherheit sorgt. Die steigende Bedrohung durch Alltagskriminalität, Drogen und international organisiertes Verbrechen muß entschlossen bekämpft werden.

— Die Politik muß ihrer Verantwortung für kommende Generationen gerecht werden. Deshalb muß sie für eine langfristig vertretbare Entwicklung sorgen, die unseren Kindern und Enkeln keine unerträglichen Erblasten durch zerstörte Umwelt und übermäßige Staatsverschuldung hinterläßt.

II. Wirtschaftliche Einheit, internationale Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Modernisierung

Herstellung der wirtschaftlichen Einheit, Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Modernisierung sind die großen Herausforderungen für Wirtschaft und Politik. Mit verläßlichen ökonomischen Rahmenbedingungen, einer marktwirtschaftlichen Industriepolitik und einer modernen Umweltpolitik werden wir den Aufbau der neuen Länder beschleunigen und den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken.

Um die Weltmärkte von morgen zu erringen und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen, muß die ökologische Modernisierung der Wirtschaft vorangebracht werden.

Zentral für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist die Sicherung eines hohen Qualifikations- und Bildungsniveaus. Deshalb muß das deutsche Bildungssystem den neuen Herausforderungen angepaßt und die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Fachhochschulen gestärkt werden. In einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern muß den Hochschulen eine Perspektive für Ausbau und Reform eröffnet werden.

Der Zusammenbruch der Industrie in den neuen Ländern, die stagnierende Wirtschaftsentwicklung, zunehmende Arbeitslosigkeit, Inflation, steigende Staatsverschuldung und Umweltzerstörung zeigen: Eine grundlegende Kurskorrektur in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik ist notwendig.

Mit einer Politik der ökologischen Erneuerung werden wir der Industriegesellschaft eine neue Zukunft geben. Um die ökologische Effizienz zu steigern, müssen Rohstoffe, Energie und andere Umweltgüter drastisch eingespart werden. Damit werden wir nicht nur nationalen Anforderungen gerecht, sondern leisten auch einen Beitrag zur Bewältigung der globalen sozialen und ökologischen Herausforderung.

Um die ökonomische und soziale Einheit zu verwirklichen und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dauerhaft zu sichern, müssen alle gesellschaftlichen Kräfte zusammengeführt werden. Staat, Unternehmen und Gewerkschaften müssen in einer großen Gemeinschaftsanstrengung zusammenarbeiten. Unsere leistungsfähige Wirtschaft mit ihren qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren kreativen Unternehmen kann die Herausforderungen bestehen.

Solidarische Politik für die neuen Länder

Die Erneuerung der ostdeutschen Wirtschaft läßt sich mit der einseitig-ideologischen Fixierung auf den Markt und mit den herkömmlichen Instrumenten der westdeutschen Wirtschaftspolitik allein nicht bewältigen. Die in vielen Fällen überstürzte Privatisierungspolitik hat die Krise der ostdeutschen Wirtschaft existenzgefährdend verschärft. Die Entindustrialisierung muß gestoppt werden. Wir brauchen eine marktwirtschaftliche Industriepolitik, die die Eigendynamik der Unternehmen und staatliches Handeln zusammenführt. Um den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder zu beschleunigen, ist ein umfassendes „Zukunftsprogramm Ost" erforderlich:

1. Wir werden die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, daß Treuhandunternehmen, die noch nicht zu privatisieren sind und ihre Wettbewerbsfähigkeit erst mittelfristig erreichen können, wirksam saniert werden. Dafür werden wir befristete und degressive Hilfen und geeignete Organisationsformen, einschließlich Industrieholdings, einsetzen.

Mögliche und sinnvolle Privatisierungsmaßnahmen der Treuhand müssen beschleunigt werden. Kaufinteressen von ostdeutschen Betriebsangehörigen und Managern haben Vorrang und müssen verstärkt gefördert werden. Die Verhandlungen mit seriösen Kaufinteressenten dürfen nicht bürokratisch verzögert, angemessene Preise und Bedingungen müssen vereinbart werden. Dabei hat die Sicherung der Arbeitsplätze im Vordergrund zu stehen.

Wir werden die Sanierung von Treuhandunternehmen mit den betroffenen Bundesländern abstimmen. Um die für die Beschäftigung entscheidenden Industriestandorte in Ostdeutschland zu sichern, Schwerpunkte der industriellen Entwicklung zu schaffen und die technologische und ökologische Modernisierung voranzubringen, muß sich die öffentliche Hand im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Industriepolitik für eine Übergangszeit an ausgewählten Unternehmen auch direkt beteiligen. Eine einseitige Verlagerung der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung der Bundes für den Erhalt der Industriestruktur in Ostdeutschland auf die neuen Länder wird es dabei nicht geben. Wo die Betriebe und Wohnungsbauunternehmen in den neuen Ländern von der drückenden Schuldenlast aus der früheren Kommandowirtschaft nicht durch Streichung befreit werden können, hat der Bund die Altschulden zu übernehmen. Das gilt entsprechend für die ökologischen Altlasten.

2. Wir werden die Investitionsförderung vereinfachen und verbessern. Dazu sollen die Investitionszulagen von 8 auf 20 Prozent angehoben oder alternativ bessere Abschreibungsbedingungen angeboten werden. Bereiche wie z. B. Handel, Banken, Versicherungen, aber auch Energieversorgungsunternehmen, bedürfen keiner besonderen Investitionsförderung. Wir werden deshalb die erhöhte Förderung für Investitionen auf den gewerblich-industriellen und handwerklichen Bereich sowie auf Neugründungen von Ortsansässigen konzentrieren. Damit werden wir vor allem auch den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstands und Handwerks in den neuen Ländern unterstützen.

3. Wir werden den Absatz ostdeutscher Produkte nachhaltig fördern. Dazu werden wir das Instrumentarium befristeter Absatzförderung ostdeutscher Produkte (z.B. lohnsummenorientierte Herstellerpräferenzen, bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an ostdeutsche Unternehmen) einsetzen. Um Osteuropa und die GUS-Staaten wieder als Absatzmarkt zu gewinnen, sind Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen, die Tauschgeschäfte organisieren. Finanzhilfen für diese Staaten sind an Abnahmeverpflichtungen für ostdeutsche Güter und Dienstleistungen zu koppeln.

4. Wir werden bei der Eigentumsregelung das wichtigste Investitionshemmnis „Rückgabe vor Entschädigung" beseitigen und den Investitionen Vorrang geben. Bund und Treuhandanstalt werden verpflichtet, größere ehemals militärisch genutzte Flächen bzw. nicht betriebsnotwendige Flächen zur beschleunigten Nutzung für Gewerbeansiedlungen, Wohnungsbau und Infrastrukturentwicklung treuhänderisch an die Gemeinden zu übertragen. Städte und Gemeinden müssen erheblich mehr Rechte bekommen, Flächen auszuweisen, in denen Rückgabeansprüche hinter Investitionsvorhaben zurücktreten müssen. Für den Wohnungsbestand, der umfassend instandgesetzt werden soll, muß der Rückgabevorbehalt aufgehoben werden. Die schreienden Ungerechtigkeiten in der Eigentumsfrage müssen beseitigt und den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Ländern durch Schutzvorschriften die Ängste genommen werden, ihr Haus oder ihre Wohnung zu verlieren. Voraussetzung für eine rasche Entscheidung von Eigentumsstreitigkeiten ist ein Entschädigungsgesetz.

5. Wir werden der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern bessere Perspektiven bieten. Größere Hilfen für den Umstrukturierungsprozeß, die Lösung der Verschuldungsfrage eingeschlossen, sind nötig, um ihn

sozial- und umweltverträglich zu gestalten. Allen Eigentums- und Wirtschaftsformen werden wir eine faire Chance geben. Bei der Verwertung bisher volkseigener land- und forstwirtschaftlicher Flächen werden wir einheimische Landwirte vorrangig berücksichtigen und der langfristigen Verpachtung den Vorzug vor dem Verkauf einräumen. Das Wiedereinrichtungsprogramm der jetzigen Bundesregierung, das vorbei am Parlament entscheidende eigentumspolitische Regelungen zuungunsten einheimischer landwirtschaftlicher Betriebe vorsieht, muß gestoppt werden. Der Kapitalschwäche einheimischer Landwirte wird dadurch Rechnung getragen, daß wir die Konditionen von Fördermaßnahmen im investiven Bereich verbessern.

6. Wir werden ein Zukunftsinvestitionsprogramm „Arbeit statt Arbeitslosigkeit" durchführen. Dabei werden Arbeitsmarktpolitik und Infrastrukturpolitik zusammengefaßt. Menschen, die sonst arbeitslos wären, sollen in Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften die für die Zukunft der neuen Länder wichtigen Arbeiten durchführen.

Dazu gehört eine mittelfristig angelegte Investitionsoffensive zur Modernisierung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Infrastruktur, zur Umweltsanierung, zur Stadt- und Dorferneuerung und zur Erhaltung historischer Bausubstanz. Den Städten und Gemeinden wird hierbei eine Investitionspauschale gewährt, die auch auf nachgeordnete Einrichtungen und freie Träger übertragen werden kann.

Der zweite Arbeitsmarkt ist für eine Übergangsphase unerläßlich, bis ausreichend private Betriebe, vor allem im Handwerk und Baubereich, entstanden sind. Durch diese aktive Arbeitsmarktpolitik schichten wir den Finanztransfer in erheblichem Maße von der konsumtiven zur investiven Verwendung um.

Bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind Frauen in Ost und West entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen.

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sichern

Deutschland ist einer der besten Wirtschaftsstandorte der Welt. Die hohe Arbeitsproduktivität, die Qualifikation der Arbeitskräfte, das weltweit als vorbildlich anerkannte duale Bildungssystem, die Infrastruktur, die öffentliche Verwaltung und nicht zuletzt der soziale Friede sind für die deutsche Wirtschaft entscheidende Standortvorteile.

Zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschlands gehört auch eine hohe Umweltqualität. Eine anspruchsvolle Umweltschutzpolitik bewirkt einen positiven Strukturwandel und schafft zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Genehmigungsverfahren müssen, ohne Aufgabe von Sicherheits- und Umweltzielen, verkürzt werden.

Der internationale Wettbewerb zwingt nicht nur die Unternehmen zu immer neuen Anstrengungen, auch die staatlichen Rahmenbedingungen und Infrastrukturleistungen müssen immer weiter verbessert werden.

7. Wir werden eine aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform für mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze durchführen. Dabei sind im Unternehmen verbleibende und für Investitionen zur Verfügung stehende Gewinne durch Senkung des Körperschaftsteuersatzes zu begünstigen. Diese Steuervergünstigung soll auch Einzelunternehmen und Personengesellschaften zugute kommen.

Wir werden dem funktionsfähigen Mittelstand als einer der wichtigsten Säulen unserer Wirtschaft eine steuerfreie Investitionsrücklage bieten, um die Investitionskraft kleinerer und mittlerer Unternehmen zu stärken.

8. Wir werden Forschung und Entwicklung verstärkt fördern, Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft stärken. Wir werden die Forschungsinfrastruktur, insbesondere in den neuen Bundesländern, ausbauen. Wir wollen Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft durch steuerliche Anreize, Markteinführungshilfen und durch eine innovative staatliche Beschaffungspolitik sowie hohe gesetzliche Umweltstandards stimulieren, um den neuen Umwelt- und Energietechnologien zum Durchbruch zu verhelfen und eine technologische Abhängigkeit bei den Schlüsseltechnologien zu verhindern. Wir werden durch die Wiederaufnahme der Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens den menschengerechten Produktivitätsfortschritt fördern. Inhalte und Ziele staatlicher Forschungs- und Entwicklungspolitik müssen auf einem gesellschaftlichen Konsens gründen. Wir werden deshalb einen intensiven, kontinuierlichen forschungspolitischen Dialog in der Bundesrepublik Deutschland etablieren. Wir werden die Mittel für die Forschung, z. B. für die Max-Planck-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Fraunhofer-Institute, erhöhen.

9. Wir werden im Zusammenwirken von Bund und Ländern dafür Sorge tragen, daß die Qualität des Berufsbildungssystems gesichert und verbessert wird. Praxisorientierte Ausbildungs- und Studiengänge müssen gleiche berufliche Entwicklungschancen und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen wie theoretisch ausgerichtete Bildungsgänge.

10. Wir werden die Vermögensbildung für Produktivkapital in Arbeitnehmerhand verbessern. Damit begegnen wir der Umverteilung von unten nach oben. Damit ergeben sich auch neue Möglichkeiten, die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken und die Entwicklung von Lohn und Produktivität besser aneinander anzupassen. Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Sagen und Haben durch Mitbestimmung und Mitbesitz ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges. Daher wollen wir die paritätische Mitbestimmung auf weitere Branchen und Unternehmen ausdehnen.

11. Wir werden unsere Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so gestalten, daß der Anstieg der Personalnebenkosten begrenzt wird. Dies ist notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern und die Belastung der Arbeitnehmerschaft zu beschränken. Eine gesetzliche Öffnungsklausel für Tarifverträge wird von uns ausdrücklich abgelehnt. Sie würde den sozialen Frieden nachhaltig belasten.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik in ihrer Beziehung zu Europa und der Welt

Die Bundesrepublik ist von allen größeren Industrieländern das Land mit den stärksten außenwirtschaftlichen Verflechtungen. Die DM ist nach dem US-Dollar die bei weitem wichtigste Reservewährung der Welt. Wir wissen daher um unsere besondere Verpflichtung gegenüber unseren Handelspartnern.

12. Wir werden uns dafür einsetzen, daß das Welthandelssystem den auflebenden protektionistischen Bestrebungen widersteht und die Welt nicht in sich gegenseitig abschottende Handelsregionen zerfällt. Wir werden daher unsere Kraft einsetzen, das GATT zu stärken und eine freie Welthandelsordnung durchzusetzen. Wir streben daher zunächst einen erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde an. Auch nach einem Abschluß der Uruguay-Runde gibt es noch erheblichen Regelungsbedarf vor allem bei ökologischen und sozialen Fragen.

13. Der Handel mit Gütern und Dienstleistungen wird heute in einem früher nicht gekannten Maß durch finanzielle Transaktionen, die ihren Ursprung nicht in diesen Handelsbeziehungen haben, beeinträchtigt und gestört. Wir werden daher für eine stetigere Entwicklung der Wechselkurse eintreten, indem wir das EWS stärken und mit den sogenannten G7-Ländern realistische Maßnahmen zur Beruhigung der Märkte verabreden.

14. Wir werden im Angesicht der weltweiten Rezession in Verhandlungen mit den G7-Ländern eintreten, um gemeinsame Maßnahmen zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur zu vereinbaren. Für uns in der Bundesrepublik verlangt dies, unsere Finanzpolitik auf eine gesündere Basis zu stellen und mit einem Solidarpakt die wirtschaftlichen Lasten der deutschen Einigung gerechter zu verteilen. Dies ist die Grundlage für eine neue Zinspolitik der Bundesbank. Eine Zinswende ist ihrerseits eine der Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere bei unseren europäischen Partnerländern.

15. Wir werden mit den europäischen Partnerländern und den anderen G7-Ländern eine gemeinsame Politik zur Wiederbelebung der Wirtschaft in den osteuropäischen Staaten und in der GUS anstreben. Der Umbau und Wiederaufbau der GUS ist nicht nur eine Aufgabe Europas, sondern auch der USA und Japans.

16. Wir werden mit unseren Partnerländern Verabredungen treffen, die Lage der Entwicklungsländer zu verbessern durch eine grundlegende Neuordnung der Weltwirtschaft, die solidarische Handelsbeziehungen herstellt und den unterentwickelten Regionen eigenständige Entwicklungsperspektiven eröffnet. Auf dieser Basis bietet sich den Entwicklungsländern die Möglichkeit, wieder stärker in die Weltwirtschaft integriert zu werden. Das bedeutet für die an einem Neuanfang stehenden Staaten Lateinamerikas konkrete Hilfe zur Selbsthilfe. Es bedeutet für die afrikanischen Staaten den Versuch, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, um einen Neuanfang zu ermöglichen. Für die entwickelteren asiatischen Länder streben wir die Aufnahme gleichwertiger Wirtschaftsbeziehungen an. Für die anderen Länder Asiens geht es um Unterstützungen bei ihren Reformbemühungen. Dies verlangt von den hochentwickelten westlichen Industrieländern, daß sie ihre Märkte für Waren aus der Dritten Welt und aus Osteuropa öffnen.

Für eine neue Umweltpolitik

Die ökologische Krise verstärkt sich. Unsere derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise gefährdet die menschliche Existenz. Was wir heute an Umwelt vernichten, ist für die Zukunft unserer Kinder unrettbar verloren. Deutschland muß international eine ökologische Vorreiterrolle einnehmen.

17. Wir wollen durch Gebote und Verbote Rahmenbedingungen für umweltverträgliches Wirtschaften schaffen und durch ökologisch ausgerichtete marktwirtschaftliche Instrumente volkswirtschaftlich relevante Umweltbelange zu betriebswirtschaftlich bedeutsamen Kosten- und Gewinnfaktoren machen. Gefährliche Stoffe müssen verboten, für Emissionen Grenzwerte bestimmt werden. Die umweltrechtlichen Normen sind weiterzuentwickeln und zu überwachen. Ein hohes Anspruchsniveau im Umweltschutz bewirkt positiven Strukturwandel und verbessert die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit.

18. Zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir die ökologische Vielfalt unseres Landes erhalten und verstärkt schützen. Deshalb werden wir das Bundesnaturschutzgesetz novellieren. Wir wollen das bundesweite Waldsterben durch ein Aktionsprogramm bekämpfen.

19. In den neuen Bundesländern wollen wir die Altlastenproblematik und den Trinkwasserschutz zu Schwerpunkten einer solidarischen Umweltpolitik machen.

20. Wir werden das Abfallrecht so ändern, daß Abfallvermeidung oberste Priorität erhält. Unter dem Gesichtspunkt der Schonung von Ressourcen und Energie muß die Produktverantwortung des Herstellers sich auch auf den späteren Abfall erstrecken. Abfallvermeidung muß ein wesentliches Element des ökologischen Designs eines Produktes sein. Umfassende Rücknahmepflichten werden diese Entwicklung begünstigen. Ziel muß es sein, letztlich nur noch das zu Abfall werden zu lassen, was biologisch verwertbar ist.

Für eine neue Verkehrspolitik

Ohne konsequentes Umsteuern droht Deutschland das Verkehrschaos. Wir brauchen eine neue Verkehrspolitik, die den berechtigten Wunsch nach individueller Bewe-

gungsfreiheit mit dem Schutz von Leben und Umwelt in Einklang bringt. Hierzu gehört ein Gesamtverkehrskonzept mit den Zielen Verkehrseinsparung, Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger und Optimierung der Verkehrsströme:

21. Wir werden der Bahn Vorrang geben. Zu Lasten der Schiene bestehende Wettbewerbsverzerrungen werden wir abbauen. Die Schieneninfrastruktur muß verbessert werden, weitere Streckenstillegungen müssen unterbleiben.

Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr durch Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz stärken und den Anteil der Länder an der Mineralölsteuer erhöhen. Wir werden ein Sofortprogramm zur Neuanschaffung zusätzlicher Wagen durchführen und die Ausgabe von „Job-Tickets" für Bus und Bahn an Arbeitnehmer erleichtern. Wir werden die Finanzmittel, die für den Neubau von Straßen im neuen Bundesverkehrswegeplan vorgesehen sind, reduzieren. Die Mittel sollen statt dessen in den Ausbau und die Verbesserung der öffentlichen Verkehrssysteme, insbesondere in den neuen Bundesländern, fließen.

22. Wir werden den Autoverkehr umweltverträglicher gestalten. Die Emissions- und Lärmbelastung durch den Straßenverkehr muß verringert werden. Wir werden Grenzwerte festlegen, um den Kraftstoffverbrauch von Autos stufenweise bis zum Jahr 2005 zu halbieren. Für die umweltverträgliche Entsorgung von Kraftfahrzeugen müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden.

23. Wir werden die Kfz-Steuer abschaffen und auf die Mineralölsteuer umlegen, um Energieeinsparung und Umweltentlastung voranzubringen.

24. Wir werden ein Tempolimit für PKW einführen, um Verkehrssicherheit und Umweltschutz zu verbessern: 120 km/h auf Autobahnen, 90 km/h auf Landstraßen, 30 km/h in Wohngebieten.

Für eine neue Energiepolitik

Zum Schutz von Umwelt und Gesundheit und zur Schonung der knappen fossilen Ressourcen ist eine Umstrukturierung der Energieversorgung unerläßlich. Wir wollen erreichen, daß die Bundesrepublik Deutschland den Energieverbrauch deutlich absenkt und die CO_2-Emissionen und andere Spurengase verringert. Wir wollen, daß die Bundesrepublik zu einem Vorreiter für „Effizienzrevolution" bei der Nutzung von Energie und beim Einstieg in das Solarzeitalter wird.

Wir wollen unserer Verantwortung für die Umwelt gerecht werden, die wirtschaftlichen Chancen aus der Entwicklung neuer Energietechniken nutzen und international wirksame Anstöße für eine globale Klimaschutzpolitik schaffen.

25. Wir werden eine Steuerreform durchführen, bei der die Arbeit durch eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer spürbar entlastet und der umweltschädliche Energieverbrauch durch eine höhere Mineralölsteuer belastet wird. Die bisherige Kilometerpauschale für Autos wird in eine ökologisch orientierte Entfernungspauschale für alle Verkehrsmittel umgewandelt. Z. B für Fernpendler, Schwerbehinderte und Rentner wird es einen Ausgleich geben. Wir werden die Voraussetzungen für verstärkte Umweltschutzinvestitionen schaffen.

Die SPD unterstützt die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer in der Europäischen Gemeinschaft, mit der die Energiepreise schrittweise und berechenbar angehoben werden. Diese Energiesteuer ist aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Ressourcenschonung überfällig. Um alle Möglichkeiten für die Energieeinsparung auszuschöpfen, wird die Besteuerung nicht nach dem Kohlenstoffgehalt der Energieträger bemessen. Erneuerbare Energien und die Energieerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung werden von der Energiesteuer befreit.

26. Wir halten an dem Ausstieg aus der Kernenergie fest. Die Nutzung der Kernenergie ist wegen der mit ihr verbundenen Sicherheitsrisiken, der ungelösten Entsorgungsfragen und der militärischen Mißbrauchsgefahren auf Dauer nicht zu verantworten. Wir halten den Ausstieg aus der Kernenergie für unverzichtbar, weil die Kernenergie eine besonders ineffiziente Energietechnik ist. Die Kernenergie ist mit der dringend gebotenen Durchsetzung einer rationalen Energienutzung und der Solarwirtschaft nicht vereinbar. Notwendig sind konsequente Energieeinsparung, wirksame Förderung regenerativer Energien, umweltfreundliche Nutzung der heimischen Energieträger und der Verzicht auf Zubau von neuen und Ersatz von bestehenden Kernkraftwerken.

III. Soziale Gerechtigkeit schaffen – inneren Frieden sichern

Die Ungerechtigkeiten der Steuer- und Familienpolitik, Wohnungsnot, Kostenexplosion im Gesundheitswesen, Pflegenotstand und die mit der ungesteuerten Zuwanderung verbundenen Ängste zeigen, daß der soziale Friede in Deutschland bedroht ist. Um trotz der eng begrenzten Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte den Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes zu erfüllen, ist eine Umorientierung der Sozialpolitik erforderlich: Statt quantitativem Ausbau geht es um den qualitativen Umbau des Sozialstaats. Die großen Transferleistungen in die neuen Bundesländer können nur dann weiterhin aufgebracht werden, wenn Solidarität wieder zur geistigen Grundlage unserer Gesellschaft wird.

Vorrang für Vollbeschäftigung

In einer modernen Industriegesellschaft ist die Vollbeschäftigung ein Eckpfeiler für soziale Gerechtigkeit und inneren Frieden.

27. Wir werden der Arbeitsmarktpolitik neue Impulse geben und sie eng verzahnen mit der Wirtschafts-, Bildungs- und Strukturpolitik. Die Arbeitsmarktpolitik muß dafür neue und neu angepaßte Instrumente erhalten, die in einem Gesetz dauerhaft verankert werden sollen. Zu berücksichtigen sind dabei die jüngsten Erfahrungen aus Ostdeutschland, z.B. mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, und die langjährigen Erfahrungen mit den Sonderprogrammen von Bund und Ländern für strukturschwache Regionen oder für von Arbeitslosigkeit besonders hart Betroffene, vor allem Frauen und Langzeitarbeitslose.

Ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz soll das AFG von 1969 ablösen. Das neue ASFG soll Förderinstrumente zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen erhalten, u.a. durch eine Förderung von Projekten zur Strukturverbesserung. Ein Regelmechanismus soll den Vorrang der aktiven Förderinstrumente vor den passiven Ausgaben für Lohnersatzleistungen sichern. Wir werden die Frauenförderung verbindlich verankern.

Diese und andere Forderungen müssen bei der Weiterentwicklung des AFG zu einem umfassenden Arbeits- und Strukturförderungsgesetz berücksichtigt werden.

Steuerfreiheit für das Existenzminimum

Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, daß das Existenzminimum eines Menschen nicht länger unter Verstoß gegen die Verfassung besteuert wird.

28. Wir werden gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts dafür sorgen, daß das Existenzminimum steuerfrei gestellt wird. In einem ersten Schritt sollen Geringverdiener mit Einkünften in Höhe des Existenzminimums überhaupt nicht mehr besteuert und der Grundfreibetrag für alle auf 8000 DM bzw. 16000 DM (Ledige/Verheiratete) angehoben werden. Das bedeutet vor allem für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen eine spürbare Senkung der aufgrund der inflationsbedingten heimlichen Steuererhöhungen ständig angestiegenen Lohn- und Einkommensteuer.

Gleichstellungspolitik verwirklichen

Noch immer ist die nach Artikel 3 des Grundgesetzes gebotene Gleichberechtigung von Frauen und Männern in weiten Bereichen unserer Gesellschaft nicht verwirklicht.

29. Wir werden gesetzliche, arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen ergreifen, um die Gleichstellung von Frauen und Männern endlich in die Praxis umzusetzen.

30. Wir werden uns für die Reform der Artikel 3 und 6 des Grundgesetzes einsetzen, mit denen die Verpflichtung des Staates, die Gleichstellung und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen herzustellen und zu sichern, festgeschrieben wird. Maßnahmen zur Förderung und Bevorzugung von Frauen, wie z. B. Quotenregelungen, sollen dazu einen Beitrag leisten.

Gegen die Ausweitung und für den Abbau ungeschützter Arbeitsverhältnisse

Der Trend zu immer mehr ungeschützten Beschäftigungs-

verhältnissen hält an. Das ist sozialpolitisch nicht hinnehmbar.

31. Wir werden die mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 eingeleitete Flexibilisierung im Arbeitsrecht (erleichterte Zulassung befristeter Arbeitsverhältnisse und Verlängerung der Leiharbeit) sobald wie möglich rückgängig machen. Die Sozialversicherungsfreiheit geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse werden wir weitgehend einschränken.

Den Familien besser helfen

Der derzeitige Familienlastenausgleich ist zutiefst ungerecht. Bei den Kinderfreibeträgen erhält das Kind eines Spitzenverdieners oder einer Spitzenverdienerin fast dreimal soviel wie das Kind einer oder eines Geringverdienenden. Auch das Ehegattensplitting mit einem maximalen Steuervorteil von 22 842 DM bevorzugt einseitig die Besserverdienenden und ist daher schrittweise abzubauen. Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, den Familienlastenausgleich kostenneutral so umzugestalten, daß nicht vor allem der Trauschein, sondern die Familie mit Kindern gefördert wird.

Die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen haben sich drastisch gewandelt. Orientierungsprobleme, Verunsicherung und materielle Not nehmen zu. Die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit muß deshalb ein neues Gewicht gewinnen.

32. Wir werden ein einheitliches Kindergeld ab dem ersten Kind in Höhe von monatlich 250 DM für alle einführen. Damit werden wir den Familien mit Kindern besser helfen, ohne die öffentlichen Haushalte zusätzlich zu belasten. Wir werden die Höhe des Kindergeldes entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten periodisch anpassen.

33. Wir werden die vorhandene Infrastruktur an Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern erhalten bzw. wieder aufbauen, wo bereits Abbau stattgefunden hat. Wir werden einen gerechten Finanzierungsanteil des Bundes zur schrittweisen Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz und zum bedarfsgerechten Ausbau von Tageseinrichtungen in allen Teilen Deutschlands durchsetzen.

Wir werden einen „Sonderplan Neue Länder" im Bundesjugendplan verankern, der über zehn Jahre mit 100 Mio. DM pro Jahr gefüllt wird. Dieser soll eine langfristige Jugendpolitik ermöglichen und besonders zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen, der Schaffung einer Infrastruktur für Jugendliche dienen und dem Breitensport zugute kommen.

Mit der Jugend Perspektiven entwickeln

In Deutschland werden Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und die Radikalisierung unter Jugendlichen zu einem wachsenden Problem.

34. Wir werden arbeitsmarktpolitische Regulative zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit entwickeln.

35. Wir werden insbesondere in den neuen Bundesländern integrierte Jugendfreizeit-, Kultur-, Sport- und Beratungszentren mit multikultureller und konfliktregulierender Ausrichtung fördern.

36. Wir werden die Drogen-, Sucht- und Aids-Prävention verstärken.

37. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Berufsgruppen, die vor allem mit sozial gefährdeten Jugendlichen zu tun haben, stärker gefördert werden.

Politik muß die Menschen für Demokratie, für Freiheit und Gerechtigkeit neu gewinnen

Ein stabiles Verhältnis der Bürger zu Freiheit und Demokratie, zu Gemeinwohlorientierung und zum Sozialstaat war in der alten Bundesrepublik selbstverständlich geworden. Dies ist in der größeren Bundesrepublik Deutschland nicht sofort selbstverständlich, sondern muß neu erklärt, neu begründet und neu erstritten werden. Politik muß so zur Erneuerung der politischen Kultur beitragen. Erziehung zur Demokratie muß einen neuen Stellenwert erhalten, ebenso im politischen Alltag wie in den Bildungsinstitutionen. Denn Desorientierung, Verunsicherung, Not und Angst bilden einen gefährlichen Nährboden für neuen Rechtsradikalismus.

Reform der Alterssicherung — Armut im Wohlstand

In der Alterssicherung sind die Probleme der ungleichen Verteilung der Sozialleistungen besonders gravierend. Armut im Alter muß verhindert werden. Wie schon bei der Diskussion um die Rentenreform '92 deutlich wurde, reicht diese neue Reform allein nicht aus. Sie muß durch eine zusätzliche steuerfinanzierte soziale Grundsicherung ergänzt werden, die eine angemessene Existenzgrundlage für alle im Alter schafft.

Doch nicht nur der Altersarmut muß begegnet werden, auch die Altersversorgung der Frauen ist grundsätzlich reformbedürftig, um eine eigenständige soziale Sicherung der Frauen einzuleiten.

Die soziale Grundsicherung im Alter kann aber nur der Einstieg in eine umfassende Umorientierung der Sozialpolitik sein. Grundlage eines qualitativen Umbaus des sozialen Sicherungssystems muß dabei eine institutionalisierte, kontinuierliche und bundesweite Armutsberichterstattung sein, die dem „Blindflug der Sozialpolitik" ein Ende bereitet und eine effektive Nutzung der vorhandenen Ressourcen erlaubt.

38. Wir werden Schritte einleiten, um zu einer umfassenden Reform des sozialen Sicherheitssystems, zu einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau und zur

Bekämpfung der Altersarmut zu einer steuerfinanzierten sozialen Grundsicherung im Alter zu kommen.

Wir werden im Abstand von zwei Jahren einen Bericht über Ausmaß und Umfang der Armut in der Bundesrepublik Deutschland vorlegen, der alle relevanten Faktoren von Armut, insbesondere auch die besonderen Ursachen der Frauenarmut, bezogen auf die Lebenslage der von Armut Betroffenen beschreibt.

Solidarische Pflegeversicherung einführen

Pflegebedürftig zu sein, darf nicht länger zu materieller Not oder zur Beeinträchtigung menschlicher Würde führen.

39. Wir werden eine solidarische Pflegeversicherung einführen, die nach dem bewährten Prinzip der Sozialversicherung gerecht finanziert wird. Dies schließt einseitige Kompensationsmaßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, z.B. durch Einführung eines Karenztages, aus.

Mehr Wohnungen bauen und Mietsteigerungen begrenzen

In Deutschland fehlen 2,5 Millionen Wohnungen. Die Mieten steigen sprunghaft an. Immer mehr Menschen werden aus ihren Wohnungen verdrängt, besonders in den Ballungszentren können Arbeitnehmerfamilien eine angemessene Wohnung kaum noch bezahlen

Durch eklatante Fehlplanungen und durch eine unverantwortliche Kürzung des sozialen Wohnungsbaus hat die Bundesregierung die Wohnungsnot in entscheidendem Ausmaß mit verursacht und verschärft.

In Ostdeutschland wird durch die verfehlte Eigentums- und Altschulden-Regelung die Chance vertan, den Wohnungsbestand schnell instandzusetzen und damit auch viele ortsgebundene Arbeitsplätze zu schaffen.

Das spekulative Horten von Bauland blockiert den Neubau von Wohnungen und führt dazu, daß auf der grünen Wiese gebaut und die Landschaft zubetoniert wird. Um die Wohnungsnot endlich wirksam zu bekämpfen, werden wir ein gesamtdeutsches Wohnungsbau- und Sanierungsprogramm auflegen: Der Neubau von Wohnungen muß entscheidend verstärkt werden. Der Wohnungsbestand muß erhalten und sozial genutzt werden. In Ostdeutschland hat Instandsetzung Vorrang. Der Mieterschutz muß verbessert werden. Eine Bodenreform ist unverzichtbar.

Um in notwendigem Umfang und in angemessenem Zeitraum Bauland zur Verfügung zu haben, werden wir das Naturschutzrecht und das Bauplanungsrecht harmonisieren. Neubau und Modernisierung von Wohnungen müssen sich verstärkt an Kriterien des ökologischen, energie-, flächen- und ressourcensparenden Bauens orientieren.

40. Wir werden die Mittel für den sozialen Wohnungsbau aufstocken. Ziel ist es, in jedem Jahr 200 000 Sozialwohnungen zu bauen.

41. Wir werden die Wirksamkeit und die soziale Ausgewogenheit der Förderung selbstgenutzten Wohneigentums verbessern. Dazu werden wir die Steuerfreibeträge durch einen einkommensunabhängigen Abzug von der Steuerschuld ersetzen. Neubau soll stärker gefördert werden als der Bestand. Mitnahmeeffekte sollen abgebaut werden.

42. Wir werden Mieter und Mieterinnen besser gegen Verdrängung schützen und Mietsteigerungen begrenzen. Außerdem wollen wir, daß durch die Vergabe öffentlicher Mittel auch die sagenannten Mietermodernisierungen leichter durchgeführt werden können und den Mietern darüber hinaus für diese Wohnungen ein längerer Kündigungsschutz gewährt wird.

43. Wir werden die ostdeutschen Wohnungsunternehmen bei ihren Altschulden entlasten und damit ihre Investitionsfähigkeit stärken. Den Weg für eine umfassende Sanierung des Wohnungsbestandes werden wir freimachen, indem hierfür der Rückgabevorbehalt aufgehoben wird.

44. Wir werden in der Bodenpolitik neue Akzente setzen. Aus Spekulationsgründen gehortetes Bauland wird für den Wohnungsbau mobilisiert. Einkünfte aus Bodenwertsteigerungen müssen genauso versteuert werden wie sonstiges Einkommen. Städte und Gemeinden sind an diesen Steuereinnahmen angemessen zu beteiligen.

Innere Sicherheit gewährleisten

Die Bedrohung durch Alltagskriminalität, Gewalt, Drogen und international organisiertes Verbrechen nimmt immer weiter zu und führt in der Bevölkerung zu steigender Verunsicherung und Angst. Um in Zukunft die innere Sicherheit zu gewährleisten, brauchen wir eine wirksamere politische und soziale Prävention und eine effizientere Organisation auch polizeilicher Maßnahmen: Wenn sich das Verbrechen international organisiert, muß auch die Polizei international operieren. Politische Fehler und Versäumnisse dürfen nicht auf dem Rücken der Polizisten ausgetragen werden. Qualifikation und Besoldung der Polizei müssen den an sie gestellten hohen Anforderungen entsprechen und die Attraktivität des verantwortungsvollen Berufs im Polizeidienst stärken. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und Instrumente der inneren Sicherheit müssen überprüft werden.

45. Wir werden die Strafgesetze modernisieren und entsprechend dem Schutzbedürfnis der Öffentlichkeit effizienter zuschneiden. Abwehr von sozialschädlichem Verhalten, z.B. Steuerhinterziehung und Umweltdelikte, und Strafmaß müssen wieder besser zueinander passen. Insbesondere zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kinder (sexueller Mißbrauch, Vergewaltigung, Pornographie) werden wir die bestehenden

Gesetze verschärfen bzw. neue Gesetze erarbeiten.

46. Wir werden die Bekämpfung des gewalttätigen Rechtsradikalismus durch Polizei, Justiz und Verfassungsschutz intensivieren und Ausbildung und Ausrüstung der Polizei in den neuen Bundesländern für die Auseinandersetzung mit Gewalttätern verbessern.

47. Polizei- und Justizbehörden müssen von Verwaltungs- und unnötigen anderen Aufgaben entlastet, die Verfahren müssen vereinfacht werden, um Kapazitäten zur wirksamen Bekämpfung der Schwerkriminalität und zur Gewährung von Rechtsschutz freizumachen.

48. Zur Bekämpfung der international organisierten Kriminalität, insbesondere der Drogenmafia, Waffenschieber, Menschenhändler und Diebesbanden, werden wir die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Strafrechts, im Bereich der Polizei und der Justiz verstärken.

Flüchtlingen helfen, Zuwanderung steuern, Gemeinden entlasten

Deutschland ist ein weltoffenes Land und muß es bleiben. Die Menschen in unserem Lande, die Städte und Gemeinden sehen sich jedoch durch die hohe und rasch wachsende Zuwanderung überfordert, und dies zu einem Zeitpunkt, in dem die Arbeitslosigkeit steigt, der Wohnungsmangel wächst und die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in den neuen und alten Ländern die gesellschaftliche Kraft in besonderer Weise in Anspruch nimmt. Die damit verbundenen politischen und sozialen Spannungen drohen die Stabilität unserer Demokratie zu untergraben und die Aufnahmebereitschaft für politisch Verfolgte grundsätzlich in Frage zu stellen.

Angesichts dieser Entwicklung muß verantwortliche Politik folgende Maßnahmen ergreifen:

49. Wir müssen mit allen dem demokratischen Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln jeder Form von Ausländerfeindlichkeit entgegentreten und die uneingeschränkte Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols sichern.

50. Die gesellschaftliche Integration der dauerhaft bei uns lebenden Ausländer muß verbessert werden, indem wir das Recht auf Einbürgerung ausweiten und die Doppelstaatsangehörigkeit generell zulassen.

51. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Fluchtursachen zu bekämpfen und den Menschen das Bleiben in ihrer Heimat zu ermöglichen. Dazu muß nachdrücklicher als bisher auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrängt und die wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für Länder des Südens und Osteuropas nachhaltig verstärkt werden. Wir werden hierfür die öffentlichen entwicklungspolitischen Leistungen (ODA) der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000 schrittweise auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts erhöhen.

52. Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen werden wir so lange ein rechtlich abgesichertes Bleiberecht gewähren, bis ihnen wieder eine Rückkehr in ihre Heimat möglich ist. Damit soll gesichert werden, daß diese Flüchtlinge nicht über das Asylverfahren Zuflucht suchen müssen.

53. Wir brauchen ein europäisch abgestimmtes Einwanderungsrecht mit jährlichen Quoten entsprechend unserer Aufnahme- und Integrationskapazität, um auch dadurch eine unbegründete Inanspruchnahme des Asylverfahrens zu verhindern.

54. Das Grundgesetz hat das Asylrecht für politisch Verfolgte zum Individualgrundrecht erhoben. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention sichern ihren Schutz durch Völkerrecht, das auch als nationales Recht gilt. Beide Konventionen verlangen überdies einen Mindestrechtsschutz, der nach dem Grundgesetz durch ein Gericht zu gewähren ist (Artikel 19 Abs. 4 GG). Dabei soll es bleiben.

Satz 2 in Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" steht deshalb nicht zur Disposition. Als politisch verfolgt gilt, wer Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (Kapitel I, Art. 1 A) vom 28. Juli 1951 ist. Nach unserem Verständnis wird die Flüchtlingseigenschaft auch durch frauenspezifische Verfolgungsgründe und durch Verfolgung wegen sexueller Orientierung begründet.

54. a Wir werden Asylentscheidungen anderer europäischer Staaten anerkennen, die als Teilnehmer der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention eine Nachprüfung durch eine weisungsunabhängige Instanz und die tatsächliche Anwendung dieser Regeln gewährleisten. Die Festlegung entsprechender Zuständigkeiten und der Verbleib der Asylbewerber erfolgt auf der Grundlage von Vereinbarungen mit diesen Ländern.

54. b Asylbewerber, die die Bundesrepublik Deutschland über eines der in Ziffer 54. a genannten Länder erreicht haben oder die des Schutzes in der Bundesrepublik Deutschland nicht bedürfen, weil ihre Flucht in einem anderen Land geendet hat, müssen in das Drittland zurückkehren. Hingewirkt werden soll auf eine gerechte Verteilung von Asylbewerbern in Europa, um das deutsche Asylverfahren zu entlasten.

54. c Eine pauschale Ablehnung von Antragstellern aus bestimmten Ländern ist nach der Genfer Flüchtlingskonvention unzulässig. Unter Beachtung von Ziffer 54 Abs. 1 muß aber ein deutlich beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren für jene Asylbewerber möglich sein, bei denen aufgrund ihres Herkunftslandes eine individuell widerlegbare Vermutung besteht, daß ihr Antrag offensichtlich unbegründet ist.

54. d Ein beschleunigtes und vereinfachtes Verfahren soll auch gelten für Asylbewerber,

— die ihre aktive Mitwirkung an der Prüfung ihres Antrags dadurch verweigern, daß sie falsche Angaben zur Person machen oder wichtige Personaldokumente bewußt beseitigen oder fälschen,
— die durch mehrfachen Asylantrag Leistungsmißbrauch betreiben,
— die in erheblicher Weise straffällig geworden sind.

Ihre Anträge sind schnell zu entscheiden, um ihre Abschiebung zu ermöglichen.

55. Alle Möglichkeiten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes sind konsequent und unverzüglich auszuschöpfen. Dazu gehört insbesondere die Einstellung des erforderlichen Personals, die technische Ausstattung zur eindeutigen Identifizierung von Antragstellern und die Bereitstellung von Bundesliegenschaften für die Unterbringung. Notwendig ist auch die Zusammenfassung der Zuständigkeiten für das gesamte Verfahren beim Bund. Darüber hinaus sind besondere Anstrengungen für rasche Entscheidungen über die mehr als 400 000 Altfälle nötig.

56. Wir werden das Schlepperunwesen bekämpfen und die Grenzkontrollen gegen illegal Einreisende verbessern.

57. Um den Anreiz zu verringern, daß Asyl offensichtlich unbegründet beantragt wird, sollen während der beschleunigten und vereinfachten Verfahren weitgehend Sachleistungen an die Stelle von finanzieller Sozialhilfe treten.

58. Die Zuwanderung von Aussiedlern muß entsprechend der Integrationskraft der Bundesrepublik durch Gesetz gesteuert und begrenzt werden.

Um die Ziele dieses Maßnahmenpakets so schnell und so wirksam wie möglich zu erreichen, sind Legislative und Exekutive gefordert, die verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Umsetzungen vorzunehmen, einschließlich der in den Ziffern 54 Abs. 1 und 2, 54. a und 54. b erwähnten Klarstellungen und Ergänzungen des Art. 16 GG.

Weltweite Flüchtlingsströme sind die Folge von unerträglichen Lebensbedingungen in vielen Ländern der Dritten Welt, in denen Armut, Hunger, Unterdrückung und Krieg herrschen. Wir werden uns für eine weltweite Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen einsetzen und die Ursachen dieser Flüchtlingsströme bekämpfen.

IV. Deutschlands Rolle in der Völkergemeinschaft neu bestimmen

Die Neuorientierung der deutschen Außenpolitik nach den fundamentalen Umwälzungen in Europa und nach der Verwirklichung der Einheit verlangt Realismus und Verantwortung. Realismus bei der Einschätzung unserer Gestaltungsmöglichkeiten in Europa und in der Welt. Verantwortung bei der Prioritätensetzung: Unser Ziel ist die Verhinderung von Kriegen und die Stärkung des Friedens durch Zusammenarbeit und Integration.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts steht das vereinte Deutschland in der historischen Verpflichtung, zur Überwindung der Teilung Europas und zu seiner Einigung beizutragen. Die Europäische Gemeinschaft hat durch enge Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten über Jahrzehnte Frieden und wirtschaftlichen Fortschritt gesichert. Sie muß jetzt zur Politischen Union ausgebaut werden: demokratisch, bürgernah, sozial und ökologisch.

59. Wir werden der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages zustimmen. Um die Geldwertstabilität zu sichern und wirtschaftliche Verwerfungen zu verhindern, werden wir aber dafür sorgen, daß vor dem Übergang zur 3. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion die erneute Zustimmung von Bundestag und Bundesrat eingeholt wird.

60. Wir werden uns für eine umfassende Demokratisierung der europäischen Entscheidungsprozesse und eine Stärkung des Europäischen Parlaments einsetzen. Wir werden im Deutschen Bundestag die Initiative für eine Europäische Verfassung ergreifen. Sie soll den Grundsätzen der Demokratie — z.B. Gewaltenteilung, Bindung der Gesetzgebung an die Verfassung und der Verwaltung an Gesetz und Recht, Volksbegehren und Volksentscheid — entsprechen. Sie soll die Kompetenzen der

europäischen Institutionen auf das Notwendige beschränken.

Die Europäische Verfassung soll in allen Mitgliedstaaten der EG durch die Parlamente ratifiziert und in eine EG-weiten Volksabstimmung beschlossen werden. So tritt an die Stelle der bürokratischen Union der Regierungen die demokratische Union der Völker und der Volksvertretungen Europas.

61. Wir befürworten eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Wir werden aber nicht die militärische Integration zum Katalysator des Einigungsprozesses machen. Deshalb werden wir die Pläne zum deutsch-französischen Korps beiseite legen und die Petersberg-Erklärung der WEU nicht ratifizieren.

62. Wir werden die Erweiterung der EG durch Schweden, Finnland, Norwegen, Island, Österreich und die Schweiz beschleunigen. Sie gehören — wenn sie wollen — in die Gemeinschaft.

Wir werden dafür sorgen, daß die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas eine verläßliche europäische Perspektive erhalten. Die Assoziierungsabkommen mit der EG können auf den Beitritt vorbereiten. An erster Stelle stehen hier Polen, die CSFR und Ungarn.

Nach Überwindung der Blockkonfrontation besteht für ganz Europa die Chance zu umfassender Abrüstung und zum Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit.

63. Wir werden die Ausgaben für die Streitkräfte nachhaltig senken und überflüssige Rüstungsprojekte streichen sowie die militärischen Tiefflüge einstellen. Die bisherigen sowjetischen Truppenübungsplätze in Ostdeutschland (insbesondere Wittstock und die Colbitz-Letzlinger Heide) werden wir stillegen, sanieren und dem Naturschutz bzw. einer umweltverträglichen zivilen Nutzung zur Verfügung stellen. Wir werden die sozialen und regionalwirtschaftlichen Belastungen des Truppenabbaus durch Konversionsmaßnahmen abfedern.

Wir werden die Bundeswehr nicht in ein Berufsheer umwandeln. Wir werden die Wehrgerechtigkeit mit anderen Maßnahmen anstreben.

Wir werden die Gleichstellung der Zivilbeschäftigten bei den Alliierten Streitkräften mit den Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr durchsetzen.

64. Wir werden alle Anstrengungen unterstützen, die KSZE zu einem kollektiven Sicherheitssystem unter der Verantwortung der UNO auszubauen.

65. Wir werden darauf dringen, daß die NATO unzweideutig auf den atomaren Ersteinsatz verzichtet, daß alle land-, see- und luftgestützten taktischen Atomwaffen verschrottet werden und keine Massenvernichtungswaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert bleiben.

Wir fordern alle Atommächte auf, auf weitere Atomtests zu verzichten und Abkommen über einen umfassenden Atomteststopp zu vereinbaren.

Um den Weltfrieden zu sichern und die Durchsetzung des Völkerrechts zu garantieren, muß die UNO gestärkt und zu einer Weltfriedensinstanz mit internationalem Gewaltmonopol (Weltpolizei) entwickelt werden. Mit einer umfassenden Reform der UNO muß ausgeschlossen werden, daß die Weltorganisation durch Großmächte oder Staatengruppen für ihre Zwecke mißbraucht wird. Alle internationalen Anstrengungen zur Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, zur Bekämpfung von Armut, Hunger, Seuchen und globaler Umweltzerstörung werden wir nachhaltig unterstützen.

Wir wollen die UNO stärken und aktiv mitgestalten. Dies bedeutet die finanzielle Sicherstellung ihrer Arbeit sowie die materielle und personelle Unterstützung der friedenserhaltenden Maßnahmen, die der UNO-Generalsekretär in seinem Bericht „Agenda für den Frieden" als das zentrale Instrument der Konfliktverhütung, Konfliktlösung und Friedenserhaltung bezeichnet. Wir sind bereit, uns an notwendigen friedlichen Sanktions- und Embargomaßnahmen zu beteiligen (Art. 41 UN-Charta).

66. Wir wollen mit einer Grundgesetzänderung möglich machen, daß die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundestages einzelne Einheiten der Bundeswehr für friedenserhaltende Blauhelm-Einsätze der UNO zur Verfügung stellen kann.

Für derartige friedenserhaltende Maßnahmen kann die Bundesregierung dem Generalsekretär der Vereinten Nationen auf sein Ersuchen und bei Vorliegen eines Beschlusses des Sicherheitsrates mit Zustimmung der am Konflikt beteiligten Staaten Angehörige der Streitkräfte unterstellen, die nur mit leichten Waffen zum Selbstschutz ausgerüstet sind und sich als Berufs- und Zeitsoldaten für solche Maßnahmen freiwillig gemeldet haben.

Das Spektrum der Blauhelm-Missionen ist breiter geworden. Dazu gehört auch:

- die Absicherung humanitärer Aktionen zum Schutz der Zivilbevölkerung, von Hilfslieferungen und Waffenstillständen, UNO-Schutzzonen und -Mandatsgebieten,
- der vorbeugende Einsatz von Beobachtern auf dem Boden eines bedrohten Landes, um zur Entschärfung von Konflikten beizutragen,
- die Überwachung von Wahlen und der Einhaltung von Menschenrechten sowie die Sicherung beim Aufbau demokratischer Strukturen,
- die Unterstützung bei der Wiederansiedlung von Flüchtlingen sowie anderer UNO-Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung.

UNO-Blauhelme können auch zur Überwachung von UNO-Embargos eingesetzt werden. In diesem Fall sind lediglich Vereinbarungen mit den Staaten erforderlich, in deren Hoheitsgebiet die Überwachungsmaßnahmen stattfinden.

Auch friedenserhaltende Maßnahmen in der erweiterten Form brauchen, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihre Durchführung beschließt, die Zustimmung der am Konflikt Beteiligten und dürfen die Grenze zu militärischen Kampfeinsätzen nicht überschreiten. Das

Ziel von Blauhelm-Einsätzen bleibt, in Konfliktsituationen den Übergang zu Verhandlungslösungen zu erleichtern. Wir unterstützen den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zu einer entsprechenden Grundgesetzänderung, in dem es heißt: „Der Bund kann den Vereinten Nationen Angehörige der Streitkräfte nur für friedenserhaltende Maßnahmen ohne Kampfauftrag unterstellen; den Vereinten Nationen oder betroffenen Staaten sollen auf Anforderung unbewaffnete Angehörige der Streitkräfte zur Bekämpfung von Umweltschäden, für humanitäre Hilfeleistungen und Maßnahmen der Katastrophenhilfe zur Verfügung gestellt werden." Wir drängen darauf, daß auf der Basis des Antrages der SPD-Fraktion der Deutsche Bundestag endlich eine Grundgesetzänderung beschließt, die für eine Beteiligung von Bundeswehreinheiten an friedenserhaltenden Maßnahmen die erforderliche verfassungsrechtliche Grundlage schafft. Auf dieser Grundlage sollen besondere gesetzliche Regelungen für den Status, die spezielle Ausbildung für friedenserhaltende Einsätze und die soziale Sicherung der Soldaten geschaffen werden, die im Rahmen solcher UNO-Maßnahmen eingesetzt werden sollen.

67. Der Vorschlag von Boutros Ghali, im Rahmen einer UNO-Reform Truppen zur Friedenssicherung (peace enforcement) aus Kontingenten möglichst vieler Mitgliedstaaten zusammenzustellen, ihren Einsatz aufgrund einer Ermächtigung des Sicherheitsrats erfolgen zu lassen und sie dem Generalsekretär zu unterstellen, hat bisher im Sicherheitsrat keine Mehrheit gefunden. Auch die in Artikel 43 der UNO-Charta vorgesehenen UN-Streitkräfte sind bisher nicht realisiert worden. Wenn diese Vorschläge vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen und die Entscheidungsstrukturen der UNO so geändert worden sind, daß ein Mißbrauch der Weltorganisation durch Großmächte oder Staatengruppen ausgeschlossen ist, wird die SPD entscheiden, ob sie einer Beteiligung der Bundeswehr an solchen Streitkräften und einer entsprechenden Verfassungsänderung ihre Zustimmung geben wird.

Die SPD wird keiner Grundgesetzänderung zustimmen, die den Einsatz der Bundeswehr „unter dem Dach der UNO" bzw. durch Ermächtigung der UNO nach dem Muster des Golf-Krieges ermöglicht.

V. Solide Finanzen und gerechte Steuern

Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich Antwort auf die zentrale Frage geben, mit welchen finanziellen Herausforderungen wir Deutsche fertig werden müssen, um den historischen Veränderungen im Inneren unseres Landes und unserer sich wandelnden Stellung in der Welt gerecht zu werden. Diese Herausforderungen können nur durch eine große gemeinsame und solidarische Anstrengung bewältigt werden:

Solidarität der Bürgerinnen und Bürger untereinander

Jeder in Deutschland weiß, daß für eine solide Finanzierung der Einheit an rigorosen Einschränkungen und spürbaren Belastungen kein Weg vorbeiführt. Aber dabei muß es gerecht zugehen. Bisher wurden die Kosten vor allem den sozial Schwächeren aufgebürdet. Es ist ein elementares Gebot der Gerechtigkeit, daß die Bezieher hoher und höchster Einkommen verstärkt zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden.

Wir werden die soziale Schieflage der Steuerpolitik der Bundesregierung korrigieren.

Solidarität der Generationen untereinander

Der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung untergräbt die Handlungsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Von 1992 bis Ende 1996 wird sich der Schuldenstand des öffentlichen Sektors um rund 600 Milliarden DM auf 2,3 Billionen DM erhöhen. Zwangsläufige Folge des Schuldenbergs ist ein explodierender Anstieg der Zinsausgaben. Den drängenden Aufgaben im Sozialbereich, dem Wohnungsbau, der Arbeitsmarktpolitik und dem Umweltschutz werden dadurch notwendige Mittel entzogen. Der Schuldenberg führt damit zu einer drückenden Last für kommende Generationen. Sie müssen doppelt zahlen: Nicht nur mit Zins und Tilgung, sondern auch über den Entzug von Lebenschancen durch die abnehmende Handlungsfähigkeit der Politik.

Solidarische Investitionsanstrengungen der Wirtschaft

Während die Bürgerinnen und Bürger 1992 rd. 50 Milliarden DM mehr an Steuern und Abgaben aufzubringen haben, verdiente die Wirtschaft am Einigungsboom. Die Bundesregierung hat es versäumt, dafür zu sorgen, daß auch die Unternehmen ihren solidarischen Finanzierungsbeitrag leisten. Wer das kurzfristig-einzelwirtschaftliche Kalkül dauerhaft über die gesamtwirtschaftliche Herausforderung der industriellen Erneuerung Ostdeutschlands stellt, gefährdet das ökonomische Fundament in ganz Deutschland. Auch für die Wirtschaft gilt: Wir sitzen alle im gleichen Boot. Ohne erfolgreiche Investitionsoffensive droht bleibender Schaden für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb wollen wir Investitionen in den neuen Ländern angemessen fördern und honorieren.

Solidarisches Verhalten von Bund, Ländern und Gemeinden untereinander

Der kooperative Föderalismus bleibt nur dann lebensfähig, wenn die Finanzierungsbedürfnisse der Gebietskörperschaften in Ost und West als gleichwertig und gleichberechtigt anerkannt werden. Dies gilt nicht nur im Verhältnis der neuen zu den alten Bundesländern, sondern auch im Verhältnis des Bundes zur Gesamtheit von Ländern und Gemeinden. Deshalb müssen die Finanzbeziehungen nach dem Prinzip des kooperativen Zusammenstehens grundsätzlich neu geordnet werden.

68. Wir werden der Konsolidierung der Staatsfinanzen hohe Priorität einräumen. Eine Rückführung der Neuverschuldung ist zwingend geboten. Hierfür sind zuallererst eisernes und konsequentes Sparen sowie Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten erforderlich. Nur wenn alle denkbaren Einspar- und Umschichtungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, werden Bürger und Wirtschaft notwendige Einnahmeverbesserungen akzeptieren.

69. Wir werden ein sozial ausgewogenes Finanzierungskonzept verwirklichen, um die Konsolidierung der Staatsfinanzen voranzutreiben und um den noch bestehenden unabweisbaren Finanzbedarf zu decken. Mit diesem Konzept schaffen wir einen finanzpolitischen Handlungsspielraum in der Größenordnung von jährlich 40 Milliarden DM. Durch konsequente Einsparungen, durch Streichen und Strecken im Bundeshaushalt sowie durch Kürzungen bei Finanzhilfen und Steuervergünstigungen werden wir den öffentlichen Haushalt um 10 Milliarden DM, ansteigend auf 15 Milliarden DM entlasten. Zur solidarischen Mitfinanzierung der Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland werden wir von Selbständigen, Beamten und Beamtinnen, Ministern und Ministerinnen und Abgeordneten eine Arbeitsmarktabgabe erheben (5 Milliarden DM). Wir werden eine Ergänzungsabgabe für Höherverdienende und Wirtschaftsunternehmen erheben (rd. 20 Milliarden DM), die mit nachweislichen investiven Anstrengungen für den wirtschaftlichen Aufbau Ostdeutschlands teilweise verrechnet werden kann.

70. In Wahrung der gesamtstaatlichen Verantwortung werden wir die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu ordnen. Dabei werden wir uns vom Prinzip der fairen Lastenteilung leiten lassen. Wir werden die Einbeziehung der neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich sicherstellen; hierbei werden sich Bund und alte Länder nicht aus bisher übernommenen Verpflichtungen lösen. Wir werden die Mitfinanzierung des in den neuen Ländern bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarfs verstärken und für eine angemessene Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sorgen.

71. Die Beschleunigung des Aufbaus der neuen Länder und die Finanzierung des gesamtdeutschen Wohnungsbauprogramms bedürfen zusätzlicher finanzieller Mittel. Die übrigen Maßnahmen unseres Sofortprogramms werden wir nach dem Grundsatz eines Umbaus der Staatsaufgaben weitestgehend aufkommensneutral ausgestalten: Eine gerechtere Familienpolitik zugunsten der Familien mit Kindern, wirksame Maßnahmen zur ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft, eine effiziente und gerechte Umgestaltung der Wohneigentumsförderung, eine wettbewerbsstärkende und arbeitsplatzschaffende Reform der Unternehmensbesteuerung und eine gerechte Steuerpolitik sind möglich, ohne daß zusätzliche Finanzmittel erforderlich wären.